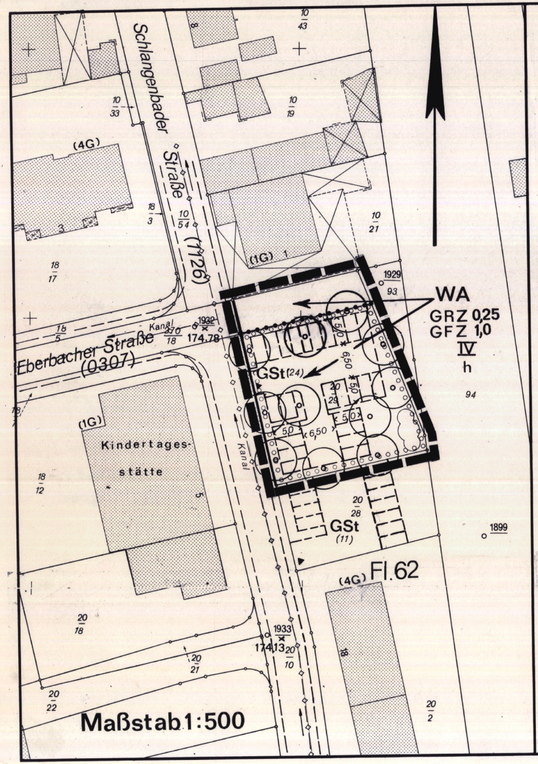
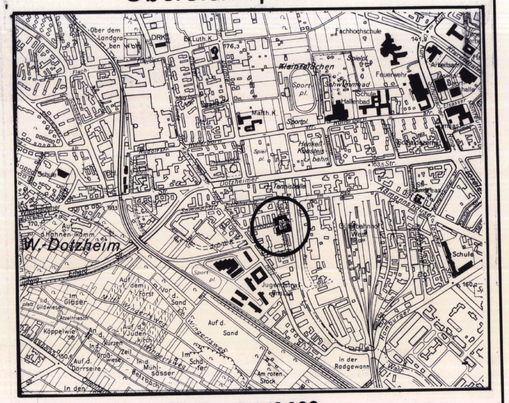


Übersichtsplan



Maßstab 1:10 000

ZEICHENERKLÄRUNG

NACH DER PLANZEICHENVERORDNUNG VOM 30. JULI 1981
(BGBl. Teil I S. 833)

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BBauG u. §§ 1–11 BauNVO)

WA — Allgemeine Wohngebiete

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BBauG u. § 16 BauNVO)

GRZ 0,25 — Grundflächenzahl z.B. GRZ 0,25

GFZ 1,0 — Geschoßflächenzahl z.B. GFZ 1,0

IV — Zahl der Vollgeschosse Höchstgrenze z.B. IV

3. BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BBauG, §§ 22 und 23 BauNVO)

h — Gruppenmäßige Bauweise

4. VERKEHRSFLÄCHEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BBauG)

Straßenverkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie

5. HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BBauG)

Kanal — unterirdisch

z.B. Kanal mit Fließrichtung

6. PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN UND MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG DER LANDSCHAFT
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BBauG)

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern

Anpflanzen z.B. Bäume

Anpflanzen z.B. Sträucher

7. SONSTIGE PLANZEICHEN

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

St — Stellplätze mit Ein- und Ausfahrt

Flurstücksgrenze

3 (4G) — vorhandene Gebäude z.B. 4 geschossig

× 174,78 — Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen über NN z.B. 174,78

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Planungsunterlagen hergestellt nach dem unter Zugrundelegung der Flurkarte entstandenen städtischen Kartenwerk durch das Vermessungsamt Wiesbaden (Vermessungsdienststelle nach § 8 Nr. 3 Katastergesetz)
Wiesbaden, den 28. Januar 1985

Der Magistrat - Vermessungsamt
Im Auftrag
Vermessungsdirektor

Den Grundstückseigentümern der von Änderungen betroffenen und benachbarten Grundstücke, sowie den von den Änderungen berührten Träger öffentlicher Belange wurde gemäß § 13 BBauG am 1. Februar 1985 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
Wiesbaden, den 04.03.1985

Der Magistrat

Einleitungsbeschluß der Stadtverordneten-versammlung vom 20.09.1984 Nr. 376

gez. Thiels
Stadtrat

Dieser Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG in Verbindung mit § 5 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. 1960 S. 103) durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 19.09.1985 Nr. 265 als Satzung beschlossen.
Wiesbaden, den 10.10.1985

Der Magistrat

Oberbürgermeister

Die von der Stadtverordnetenversammlung am 19.09.1985 als Satzung beschlossene vereinfachte Änderung (§ 13 BBauG) wurde am 19.12.1985 ortsüblich bekannt gemacht.
Mit Wirksamwerden dieser Bekanntmachung ist die Änderung des Bebauungsplanes am 20.12.1985 rechtsverbindlich geworden. Vom Tage der Bekanntmachung an wird der Bebauungsplan mit Begründung zu jedermanns Einsicht im Verwaltungsgebäude Wiesbaden, Gustav-Stresemann-Ring 15, bereitgehalten und über seinen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben.
Wiesbaden, den 20.12.1985

Der Magistrat - Vermessungsamt
Im Auftrag
Vermessungsdirektor

Die Festsetzungen des Bebauungsplanes Wiesbaden 1976/2 werden bis auf die textlichen Festsetzungen bzw. Hinweise im Geltungsbereich dieser Bebauungsplanänderung aufgehoben. Die textlichen Festsetzungen bzw. Hinweise des Bebauungsplanes Wiesbaden 1976/2 sind somit Bestandteil dieses Bebauungsplanes.

LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN

BEBAUUNGSPLAN

„Hausener Straße - 1. Änderung" in Wiesbaden

Diesem Plan ist eine Begründung beigefügt.
Dieser Plan enthält Festsetzungen nach § 9 des Bundesbaugesetzes vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256, 3617) zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949 ff.), der Baunutzungsverordnung (BauNVO) und der Hess. Bauordnung vom 31. August 1976 (HBO).